

Kooperation von Polizeiakademien

Die „International Association of Police Academies“ ist ein Zusammenschluss von Polizeiakademien in Südosteuropa, Asien und Afrika. Die Vereinigung hat 46 Organisationen aus 40 Ländern als Mitglieder.

Die *International Association of Police Academies (INTERPA)* wurde am 2. Juli 2011 in Istanbul gegründet. Gründungsmitglieder waren 24 Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Polizei aus 22 Ländern: Albanien, Äthiopien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Jordanien, Kasachstan, Südkorea, Kosovo, Kirgistan, Mazedonien, Malaysia, Moldawien, Mongolei, Montenegro, Rumänien, Saudi-Arabien, Sudan, Tadschikistan, Türkei, Türkische Republik Nordzypern, Uganda und Vereinigte Arabische Emirate.

Präsident der *INTERPA* ist der Leiter der türkischen nationalen Polizeiakademie, Prof. Remzi Findikli. Es gibt drei Vizepräsidenten – Abdellatif Ashmit Khaleifa (Sudan), Shahbudin Bin Abdul Wahab (Malaysia) und Gheorghe Popa (Rumänien). Mit fünf (ursprünglich drei) weiteren Mitgliedern bilden sie den Vorstand (Exekutive Board).

Die Generalversammlung wird gebildet aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und den Leitern der Poli-



Die *INTERPA* wurde 2011 gegründet.

zeiakademien der Mitgliedsländer. Das Sekretariat ist in der türkischen nationalen Polizeiakademie in Ankara angesiedelt.

Jedes Land hat eine Stimme, unabhängig von der Zahl der Mitgliedsorganisationen aus diesem Land. Die türkische nationale Polizeiakademie in Ankara betreibt das Sekretariat. Offizielle Amtssprache ist Englisch. Bei der 3. Generalversammlung am 15. April 2013 wurde beschlossen, weitere Amtssprachen zuzulassen – Arabisch, Französisch, Russisch und Türkisch.

Hauptzweck ist die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Polizeiakademien der Mitgliedsländer. Die *INTERPA* versteht sich als Plattform für den Austausch von Wissen und Erfahrung. Ziele sind die Kooperation

und Koordination von Bildungseinrichtungen der Polizei, Austauschprogramme für Leiter, Lehrende und Schüler sowie gemeinsame Programme. Hauptthema ist die Bekämpfung von Menschenhandel, Cybercrime, Terrorismus und anderer Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität. Bisher gab es zwei Fachkonferenzen. Geplant sind auch Symposien, Workshops, Seminare und andere Veranstaltungen sowie die Herausgabe eines internationalen Online-Fachmagazins („*INTERPA-E-Journal*“).

An der 2. *INTERPA*-Konferenz vom 13. bis 17. April 2013 in Riad (Saudi-Arabien) nahmen 200 Experten von Polizeiakademien aus 36 Staaten sowie Vertreter von Interpol, der Arabischen Liga und der *Association of European Police Colleges (AEPC)* teil. Neun Polizeiakademien aus sieben Staaten wurden als neue Mitglieder aufgenommen. Die *INTERPA* hat nun 46 Mitglieder aus 40 Ländern. Die nächste *INTERPA*-Konferenz findet im April 2014 statt.

www.interpa.org

EUROSUR

EU-Grenzschutzsystem

Mit dem neuen Kommunikations- und Überwachungssystem *Eu-rosur (European Surveillance)* will die Europäische Union die illegale Migration eindämmen, die Schlepperei effizienter bekämpfen und Flüchtlingen in Seenot helfen. Laut EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström soll Eurosur auch helfen, „Migranten auf überfüllten und nicht seetüchtigen Booten zu retten und so weitere Flüchtlingstragödien im Mittelmeerraum zu vermeiden und mit Drogen beladene Schnellboote zu stoppen“.

Mit dem System Eurosur sollen die für die Überwachung der Land- und Seeaußengrenzen zuständigen Behörden der EU-Staaten wie Polizei, Küstenwache und Grenzschutz schneller



EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström.

und einfacher Informationen etwa über den Standort von Flüchtlingsbooten austauschen. Die Informationen werden unter anderem durch die Überwachung der Grenzen mit Satelliten in Echtzeit gewonnen. In den EU-Mitgliedstaaten sollen nationale Koordinierungszentren für die Grenzüberwachung eng untereinander sowie mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex zusammenarbeiten und Lagebilder und Risikoanalysen etwa über Schmuggelrouten für Drogen und Menschen austauschen. Die nationale Lagebilder sollen zu einem euro-

päischen Lagebild verknüpft und es soll ein gemeinsames Informationsbild des Grenzvorbereiches erstellt werden.

Seit 2. Dezember 2013 ist Eurosur in den 18 an den Süd- und Ostgrenzen der EU gelegenen Mitgliedstaaten und dem assoziierten Schengen-Land Norwegen im Betrieb. Die übrigen EU-Länder und assoziierten Schengen-Länder sollen am 1. Dezember 2014 den Betrieb aufnehmen.

Die Einführung des gemeinsamen EU-Grenzschutzsystems war nach längerer Vorbereitungszeit am 27. November 2012 vom Innenausschuss des Europäischen Parlaments beschlossen worden. Die Kosten für Einrichtung, Betrieb und Personal für die Jahre 2014 bis 2020 sind auf 244 Millionen Euro veranschlagt.